

Weniger Egoismus, mehr Europa



Trump kündigt das Pariser Klimaschutzabkommen. Gut, eigentlich kann er das gar nicht so ohne weiteres, aber wenn die USA sich nicht mehr an die Absprachen halten, wird der Rest der Welt wenig dagegen tun können. Diese Kurzsichtigkeit und Verbohrtheit (man könnte auch schlicht Dummheit sagen), zum Teil noch gepaart mit religiösem Wahn (ein republikanischer Abgeordneter meinte allen Ernstes, dass Gott den Klimawandel schon stoppen werde, wenn es ernst wird) ist einfach nur gruselig.

Dass der Rest der Welt derzeit dagegen zusammensteht, ist ein gutes Zeichen. Hoffentlich wird das anhalten und nicht doch auch von anderen auf dem Altar des gegenwärtigen Profits geopfert werden.

Die derzeitige Tendenz, Fakten einfach zu leugnen, wenn sie nicht ins eigene Weltbild passen, halte ich für extrem gefährlich. Es gibt nicht beliebig viele Wahrheiten. Manchmal mag die Wahrheit nicht immer klar erkennbar sein oder sie ist facettenreich. Aber wenn wir uns von wissenschaftlich erwiesenen und fundierten Fakten verabschieden und uns Verschwörungstheorien und Fake News hingeben, öffnen wir den Trumps dieser Welt Tür und Tor.

(weiter auf Seite 2)

AUS DEM INHALT

Wenn er doch ein Sozianticket hätte	2
Antrag für mehr Geld für Mobilität richtig	3
Spitzabrechnung läuft nicht	4
Nachhaltige Landwirtschaft muss möglich sein	5
Termine	7
Mehr Zeit für Familie	7
Wahlkampfauftakt in lässig	10
Jonas Hoffmann überzeugt	11
Prima Klima? Nur mit uns.	12
Wir im Netz	12
Impressum	12
Markt der alternativen Antriebe	13
Der größte Steuerraub aller Zeiten	13

Was können wir dagegen tun? Nun zu aller erst sollten die europäischen Staaten enger zusammenrücken. Es ist jetzt höchste Zeit für weniger nationale Egoismen und für mehr Europa. Zu diesem Thema werden wir am 4. Juli um 20 Uhr in Breisach mit unserem MdEP Peter Simon diskutieren. Bitte merkt euch den Termin schon einmal vor.

Bül Stunede.

Wenn er doch ein Sozialticket hätte

Es geht auf das Monatsende zu und Holger müsste eigentlich vom Schwarzwald nochmal zum Bewerbungsgespräch nach Freiburg. Aber das Geld dafür fehlt ihm, denn der ALG-II-Satz für Mobilität ist längst aufgebraucht. Mit 25 Euro im Monat kommt man nicht weit und jetzt nochmal einen Einzelfahrtschein für über 10 Euro, das geht einfach nicht mehr.

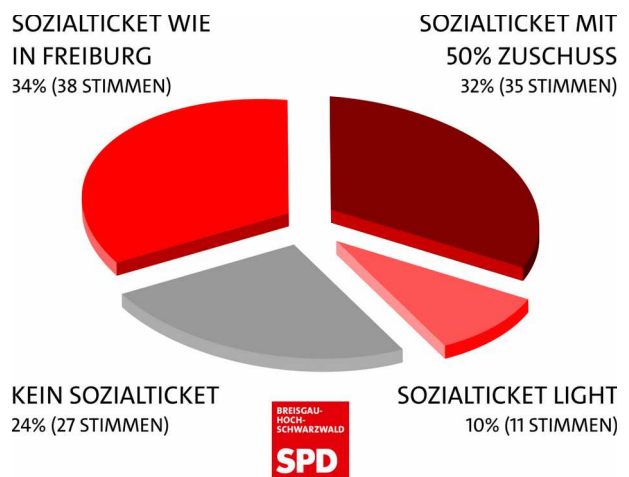


Genau deshalb sind wir für ein Sozialticket im Landkreis, so wie es die Stadt Freiburg bereits eingeführt hat. Dazu haben wir vor

kurzem eine Umfrage gestartet und das Ergebnis zeigt: Unsere Leser wollen das Sozialticket auch und zwar mit sehr deutlicher Mehrheit.

Vier Antworten standen zur Auswahl. Drei davon boten Sozialtickets von einer Light-Variante bis zu einer mit 50% bezuschussten Regiokarte. Dazwischen das Freiburger Modell mit einer 2x4 Fahrtenkarte zum halben Preis oder 20 Euro Zuschuss zur Regiokarte.

Das sind die Ergebnisse:



Insgesamt haben 111 Leserinnen und Leser mitgemacht. Die Light-Variante war mit 10% Stimmenanteil die am wenigsten gewählte Antwort. Das sahen wohl die meisten als zu kurz gesprungen an. Die beiden anderen Varianten lagen recht nahe beieinander: Das Freiburger Modell bevorzugten 34%, das 50%-Modell wollen 32%. Ein sehr klares Votum für ein echtes Sozialticket.

Immerhin 24% sprachen sich aber gegen ein Sozialticket aus, denn die Grund-sicherung ist Bundes- und nicht Kreissache. Wenn schon, dann müsste die jetzigen

Mobilitätssätze so angehoben werden, dass eine echte Mobilität auch möglich wäre.

Holger wäre es vermutlich egal, wie seine Fahrtkosten erträglicher würden. Da aber auf Bundesebene auf absehbare Zeit nichts zu erwarten ist, würde er bestimmt für ein Sozialticket des Landkreises stimmen.

Unser Favorit ist das Freiburger Modell: Eine halb so teure Mehrfahrtenkarte oder eine um 20 Euro verbilligte Regiokarte würden es Menschen wie Holger eher ermöglichen, am Monatsende nochmal nach Freiburg zu fahren. Das Bewerbungsgespräch sollte er sicher nicht verpassen.

Oswald Prucker

Übrigens ...



WWW.SPDBREISGAUHOCHSCHWARZWALD.DE

Bedienstete des Landes bekommen exakt zwanzig Euro Zuschuss zu einem Jobticket, wenn sie dafür nicht mit dem Auto zur Arbeit fahren. Ist ein bisschen der Vergleich von Äpfeln mit Birnen aber beides ist Obst.

Lesermeinung

Antrag für mehr Geld für Mobilität richtig

Im Rahmen unserer Diskussion zum Sozialticket haben wir durchaus auch erwähnt, dass das Problem eigentlich beim Bund liegt, weil die Mittel im SGB II und SGB XII für Mobilität deutlich zu niedrig angesetzt sind. Siehe dazu auch die letzte Ausgabe dieses Mitteilungsbriefs. Zu unserem Antrag hat uns nun eine zustimmende Zuschrift erreicht, die den Bogen aber auch weiter spannt. Wir möchten diese Zuschrift als Leserbrief weitergeben.

Mit Interesse habe ich von dem Antrag des Kreisverbandes an die Programmkommission gelesen, die für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Regelsatz enthaltenen Beträge zu erhöhen.

Bekanntlich ist die zum 1.1.2005 in Kraft getreten Bemessung der Geldleistungen im SGB II und SGB XII von Beginn an und bis heute berechtigter Kritik ausgesetzt. Im ersten Regelsatzurteil vom Februar 2010 hat das BVerfG einen zusätzlichen Anspruch für einmalige Leistungen ab Urteilserlass verfügt, die unplausible Bemessung gerügt und zudem beanstandet, dass keine ausreichenden Leistungen für Kinder und Jugendliche vorgesehen waren. Die Nachbesserungen des Gesetzgebers wurden

erneut verfassungsrechtlich überprüft. In seiner 2. Regelsatzentscheidung vom Juli 2014 sieht das Gericht die jetzt geltenden Regelungen zwar als noch verfassungsgemäß an, fordert den Gesetzgeber jedoch auf, künftig zu prüfen, ob nicht die Gefahr einer Unterdeckung besteht. Genannt werden neben den Kosten für Haushaltsstrom, langlebigen Konsumgütern (wie Kühlschrank und Waschmaschine), Ausgaben für Hilfsmittel, die nicht von der gesetzl. Krankenversicherung übernommen werden auch die für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel anfallenden Kosten.

Vor diesem Hintergrund zielt die Initiative des Kreisverbands in die richtige Richtung. Meine Anregung wäre, den Antrag bei Gelegenheit zu erweitern auf weitere Kosten (s.o.), bei denen die Gefahr der Unterdeckung besteht. Die Wohlfahrtsverbände vertreten einhellig die Auffassung, dass der Regelsatz zu niedrig ist und deutlich erhöht werden muss. Peter Hartz hat in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung Ende 2014 daran erinnert, dass die Hartz-Kommission 2002 einstimmig einen Regelsatz von rd. 520 € für Alleinstehende mit eigenem Haushalt vorgeschlagen hatte, festgesetzt wurde hingegen zum 1.1.2005 ein Betrag von 345 €. Die konkrete Ausgestaltung von SGB II und SGB XII im Geldleistungsbereich – aber auch die z.T. völlig übertriebenen Sanktionen, von denen einige der Gesetzgeber, andere die Sozialgerichtsbarkeit inzwischen „entschärft“ hat, sowie der völlig unzureichende Verwaltungsvollzug mit

einer regelrechten Flut von Gerichtsverfahren - hat seit mehr als 10 Jahren zu berechtigtem Unmut und Vertrauensverlust gegenüber „der Politik“ bei Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten geführt, was wohl auch zu einem Wegbrechen von SPD-Wählerstimmen bei diesem Personenkreis geführt haben dürfte. Auch vor diesem Hintergrund gefällt mir die Initiative des Kreisverbandes.

Mit besten Grüßen,
Ulrich Sartorius

Land: Zugesagte Spitzabrechnung läuft nicht

Das Land hat es bis heute nicht geschafft, die Unterbringungskosten für die Flüchtlinge aus dem Jahr 2015 (!) endgültig abzurechnen. Dazu haben wir diese Pressemitteilung herausgegeben:

„Es ist gut, dass endlich Bewegung in die Abrechnung kommt. Wir brauchen die ausstehenden Gelder für 2015. Und wir brauchen die Gesetzesänderung, denn es ist ja nicht mit 1-2 Jahren getan. Die Abschreibungen müssen über Jahrzehnte abgerechnet werden können.“

Nachdem die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD Sabine Wölfle, MdL, in der letzten Fragestunde im Landtag den Finger in die Wunde gelegt hat, hat

Minister Strobl zwar seine mündliche Zusage erneuert, dass die Kreise die Kosten für die Flüchtlinge mit dem Land spitz abrechnen können, ohne eine baldige Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes wird es aber immer am Good-Will der Landesregierung liegen, wie viel tatsächlich bezahlt wird. Das ist nicht hinnehmbar.

Die Kreise sind in erhebliche Vorleistungen gegangen, um die Flüchtlinge menschenwürdig aufzunehmen und unterzubringen. Im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald herrschte Konsens zwischen Kreistag und Verwaltung, dass die Unterbringung in Turnhallen nicht akzeptabel ist und beim Brandschutz keine Abstriche gemacht werden dürfen. Freie Unterkünfte standen kaum zur Verfügung, so wurden Container und bevorzugt feste Unterkünfte errichtet. Die Abschreibungen hierfür werden nicht von der einmaligen Pauschale für die Flüchtlinge gedeckt und werden sich zum Teil über Jahrzehnte ziehen. Hierfür bedarf es Rechtssicherheit.

Spannend bei der Abrechnung für 2015 wird auch sein zu sehen, wie weit die Definition der Landesregierung von „Spitzabrechnung“ von der der Kreise abweicht.“

Birte Könnecke



Nachhaltige Landwirtschaft muss möglich sein

In der Ukraine bestellt die größte Agroholding 600.000 Hektar Land. Ähnliche Farmfabriken gibt es auch in Russland, den USA oder Südamerika. Die Haltungsbedingungen der Tiere und die Umweltvorgaben liegen dort häufig weit hinter europäischen Standards zurück. Dennoch ist die EU zweitgrößter Abnehmer von ukrainischen Agrarexporten.

Vor kurzem erschien auch in der Badischen Zeitung ein Artikel über die Umweltsünden, die innerhalb der EU begangen werden. In diesem Fall bleibt einem das spanische Gemüse im Hals stecken.



Ich bin der festen Überzeugung, dass sich die Landwirtschaft, wie jeder andere Betrieb auch, ändern und anpassen muss. Im Bereich Tierwohl und Umweltschutz müssen im 21. Jahrhundert andere Maßstäbe gelten als vor 100 Jahren. ABER: Es muss möglich sein, konkurrenzfähig und

auskömmlich zu arbeiten und zwar auch bei den hier üblichen kleinbäuerlichen Strukturen. Zum Vergleich: Neulich auf der Tierseuchentagung in Berlin berichtete ein Kollege aus Thüringen von einem Seuchenausbruch in einem mittelgroßen Betrieb berichtete (2400 Rinder & 5000 Schweine). Das wären bei uns etwa 100 Betriebe.

Vor diesem Hintergrund war es mir ein Anliegen, ein Fachgespräch zum Thema "Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Verbraucherinteressen, Discounterdruck, Umweltschutz und Tourismus" zu initiieren. Nach längerem Anlauf fand es gestern auf dem Thaddäushof in Kirchzarten statt.

Neben unserer parlamentarischen Staatssekretärin im Umweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter, nahmen mehrere Vertreter des BLHV, die Junglandwirtin und Milchkönigin Charlotte Mark, natürlich der Betriebsinhaber Herr Bank und Vertreter der Presse teil. Insgesamt eine sehr angenehme Runde, bei der jeder zu Wort kommen konnte und das direkte Gespräch miteinander im Vordergrund stand.

Die Themenvielfalt erstreckte sich dann auch über die gesamte Bandbreite der landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Gülleverordnung, Tierschutz, Blühstreifen, Prämienrecht, Mindestlohn, ...

Als konkrete Wünsche an die Politik und generell die Gesellschaft wurden immer wieder aufgeführt: Respekt und Vertrauen in einander, Abstufungen bei gesetzlichen Regelungen für kleinbäuerliche Strukturen,

faire Rahmenbedingungen und auch Verbesserungen im Bildungsbereich. Viele Menschen haben den Bezug zur Landwirtschaft verloren und können daher den Wert von regional erzeugten, gesunden und guten Lebensmitteln nicht mehr ermessen. Da müssen die Schulen gegensteuern.

Ganz wichtig: Vorgaben, die unsere Landwirte hier einhalten müssen, müssen auch für Lebensmittel und Tiere gelten, die zu uns importiert werden. Im Lebensmittelhygienerecht sind wir soweit, warum nicht auch bei Tierwohl und Umweltschutz? Wenn in Fertiggerichten nach wie vor in großem Umfang Eier aus Käfighaltung verarbeitet werden, ohne dass dies auch nur gekennzeichnet werden muss, dann ist das zum einen Verbrauchertäuschung und zum anderen unfairer Wettbewerb.

Es kann nicht im Sinne eines nachhaltigen Umweltschutzes sein, wenn sich die Lebensmittelproduktion bei uns nicht mehr lohnt und dafür in anderen Ländern katastrophaler Raubbau an der Natur betrieben wird und die Waren dann um die halbe Welt verschifft werden, um hier auf den Teller zu kommen.

Birte Könnecke



Termine!



BREISGAU-
HOCH-
SCHWARZWALD

SPD

Diskussionsveranstaltung

EUROPA IST UNSERE ANTWORT

mit **Peter Simon**, MdEP

4. Juli 2017 - 20 Uhr
Hotel Stadt Breisach
Münsterbergstraße 23

SPD BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD
www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de



SPD

SOMMERFEST

10. SEPTEMBER 2017, 11:30 UHR
KURPARK BAD KROZINGEN

- Kaffee & Kuchen
- Grill Buffet
- Live Musik
- Spiel-mobil
- Kinderschminken

**GAST:
FRANZ MÜNTEFERING**

Mehr Zeit für Familie

Die eine Familie sorgt sich, ob am Ende der Elternzeit überhaupt ein Kitaplatz zu haben ist, für andere wird der Übergang vom Kindergarten zur Grundschule ohne einen Platz in einer Ganztageschule zum Betreuungsproblem. Andernorts ist das kein Problem mehr, die Kinder sind selbständig genug oder gar schon aus dem Haus, aber für die wegen der Kindererziehung reduziert arbeitende Frau gibt es kein Zurück mehr auf die alte Vollzeitstelle. Und aus der Teilzeitfalle führt der Weg oftmals geradewegs in die Altersarmut.



Zwei kleine Beispiele, die schon zeigen, warum die Familienpolitik ein politischer Evergreen ist und immer bleiben wird.

Julien Bender, unser Bundestagskandidat für den Wahlkreis 281, war zu diesem Thema zu Besuch im Kreisvorstand und diskutierte trotz des schwülen Wetters sehr leidenschaftlich mit uns über moderne Familienpolitik. Seine wichtigste Aussage vorneweg:

Die Politik sollte keine feste Vorstellung davon haben, was Familie ist. Die Modelle dieser kleinsten gesellschaftlichen Keimzelle sind zu verschieden und alle eint letztlich die Tatsache, dass Menschen auf besondere Weise Verantwortung füreinander übernehmen. Politik sollte nicht definieren, sondern ermöglichen.

Die Realität ist aber vielfach anders: Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt und trotzdem sind die Perspektiven der Kinder sehr unterschiedlich. Akademikerkinder werden selbst Akademiker, Armut wird von Generation zu Generation vererbt. Wir zementieren soziale Schichten und nach wie vor sind Kinder die Hauptursache für Armut.

Vier Punkte hat sich Julien Bender für seinen Impulsvortrag herausgesucht. Der erste trug die Überschrift Betreuung. Von einer ausreichenden Betreuung hängt die Möglichkeit ab, beruflich tätig zu bleiben. Ein berechtigter Wunsch. Aber eben nicht nur einer, bei dem es um das „Aufbewahren der Kinder geht“. Betreuung ist auch ein Bildungsfaktor und Kitas sind Bildungseinrichtungen. Gerade Kinder aus einem bildungsferneren Umfeld können viele Defizite aufholen. Deshalb ist eine kostenfreie Kinderbetreuung ein wichtiger Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit. Das bestätigen auch die Träger dieser Einrichtung, zum Beispiel Frank Jansen, Bundesgeschäftsführer des Verbandes Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder.

Punkt 2: Arbeit und Arbeitsbedingungen. Hier hießen Benders Stichworte Familienarbeitszeit und Familiengeld. Es muss sich auch lohnen, wenn Väter länger zu Hause bleiben, wenn Eltern versuchen, die Erziehungsaufgaben paritätisch anzugehen. Hier hängt viel von einem Paradigmenwechsel der Arbeitswelt ab und eigentlich bietet die Digitalisierung gerade hier Chancen. Die werden aber erst zaghaft von den Arbeitgebern auch genutzt. Die haben in dieser Frage gegenüber den Arbeitnehmern in Sachen Flexibilität aufzuholen. Da gibt es gerade in unserer Region tolle Ansätze und Vorreiterfirmen, aber da muss noch mehr passieren.

Bender bedauerte es in diesem Zusammenhang sehr, dass die garantierte Rückkehr auf eine Vollzeitstelle nicht durchsetzbar war. Ein klarer Bruch des Koalitionsvertrags durch die Union, die vor allem die Frauen in der Teilzeitfalle schmoren lässt.

Der dritte Punkt liegt auf der Hand: Die finanziellen Rahmenbedingungen für Familien. Es ist klar: Das Ehegattensplitting fördert traditionelles Modell: Der Fokus liegt auf dem Trauschein. Alleinerziehende bleiben im Regen stehen. Dieses Steuermodell abzuschaffen oder umzugestalten wird schwierig, denn es ist halt auch eine Heilige Kuh. Julien Bender sprach sich dennoch dafür aus, die Besteuerung nicht über den Trauschein sondern über die Zahl der Kinder zu regeln. Für alle Paare gibt es dann eine Art Bestandsschutz, d.h. sie können das für sie günstigere Modell wählen.



Der vierte und derzeit schwierigste Punkt ist das Thema Wohnen. Dieses Problem trifft im Wahlkreis Stadt und Land gleichermaßen und führt tatsächlich auch zu Veränderungen in der demographischen Zusammensetzung der Gemeinden. Julien Bender plädiert hier für eine weitere Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus. Das was in der letzten Legislaturperiode im Bund passiert ist, kann als guter Einstieg bezeichnet werden aber es muss noch mehr passieren. Auch die Eigentumsquote könnte über ein Familienbaugeld erhöht werden. Alle Ideen in dieser Richtung sind aber bislang am Finanzminister gescheitert.

All das kostet natürlich Geld, aber dieses Geld ist vorhanden und gut ausgegeben. Bender zitiert hier Kennedy: "Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: Keine Bildung".

Die Diskussion eröffnete Kreisvorsitzende Birte Könnecke, die darauf hinwies, dass viele der berechtigten Pläne wie jede

Medaille auch zwei Seiten haben: Bei einem Rückkehrrecht auf Vollzeit z.B. muss verhindert werden, dass eine 2-Klassen-Gesellschaft von Arbeitnehmern entsteht. Diejenigen, die auf der vollen Stelle „sitzen“ und diejenigen, die Anteile davon lediglich in befristeten Verträgen ausfüllen dürfen. Beim massiven Ausbau der Kinderbetreuung muss ein besonderes Augenmerk auf die Ausbildung der Erzieher und Erzieherinnen gelegt werden. Kurzfristige Lösungen, die zu großen Unterschieden in diesem Berufsbild führen, sind eher kontraproduktiv. Die Öffnung hier zur dualen Ausbildung wurde von den Teilnehmern positiv bewertet.

Julien Bender meinte dazu: Es gibt in der Familienpolitik keine eierlegende Wollmilchsau, keine einfachen Lösungen. Man muss aufmerksam schauen, wie man möglichst vielen Leuten helfen kann. Stück für Stück. Das sei die Sache wert.

Finanzierbar sind die einzelnen Punkte auch. Man müsse halt Prioritäten setzen. Die Erhöhung des deutschen NATO-Beitrags auf die berühmten 2% kostet uns über 30 Milliarden pro Jahr. Kostenlose Bildung gibt es schon für 3,5 Milliarden.

Oswald Prucker

Ein herzlicher Dank geht an die Genossinnen und Genossen der SPD March für die tolle Organisation und gute Versorgung vor allem mit gut gekühlten Getränken an diesem schwülheißen Gewitterabend.

Wahlkampfauftakt in lässig

Ein Wahlkampfauftakt ist ja eigentlich sowieso eher so was, wie eine Party. Spaß miteinander haben und dann motiviert in den Kampf ziehen und für die sozialdemokratischen Werte werben.

Das hat der Südkurier ganz gut erkannt und schrieb über **Jonas Hoffmanns** Auftaktveranstaltung: „Entspannter kann man einen Wahlkampfauftakt eigentlich nicht begehen. Lockere Gespräche und knackige Reden beim Apéro mit lässiger Musik: Die SPD im Wahlkreis Lörrach-Müllheim hat mit einer Veranstaltung rund um den Werkraum Schöpflin in Lörrach-Brombach ihren Bundestagswahlkampf gestartet.“

Lenis direkte Art, die Dinge darzustellen ist ja bekannt und so ging es in ihrer Rede auch in klaren Hauptsätzen um die großen Themen Wohnen, Bildung, Infrastruktur und vieles mehr.

Jonas ging in seiner Rede von seinen Erfahrungswerten und seiner Vita aus. Seine klare Schlussfolgerung daraus: "Angst ist ein schlechter Ratgeber! Gerade jetzt ist es wichtig, sich politisch zu engagieren für eine Gesellschaft, in der jeder frei leben und sein Leben so gestalten kann, wie er möchte". Seinen Wahlkampf will er mit positiven Themen besetzen und für Verständnis und Solidarität werben. Seine Themen sind #mehrGerechtigkeit

#ZukunftderArbeit und er will der "Angstmache" begegnen.

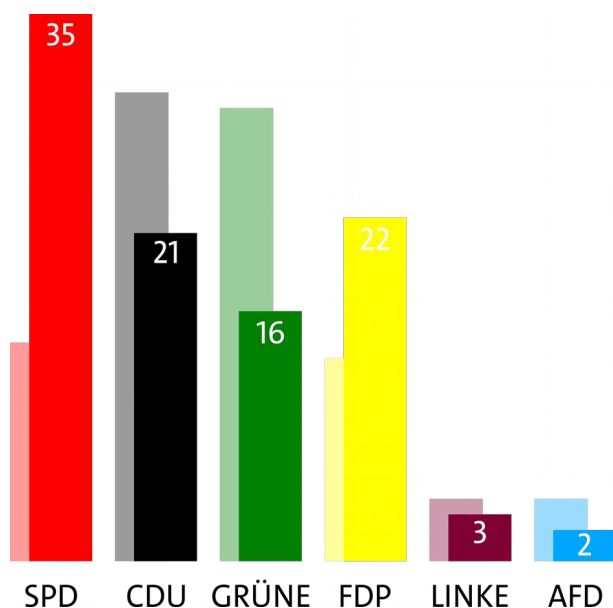
Rund 150 Gäste waren da. Einige Impressionen vom Wahlkampfauftakt:



Jonas Hoffmann überzeugt

... zumindest die Schülerinnen und Schüler vom Markgräfler Gymnasium in Müllheim. Dort stellten sich die Kandidaten zur Bundestagswahl einer Podiumsdiskussion. Die vorher stattgefundene Wahl brachte ein Ergebnis, das unseren Jonas offensichtlich ziemlich anspornte.

Du hast keine Chance, also nutze sie war wohl das Motto und das war erfolgreich, denn bei der Wahlwiederholung nach der Podiumsdiskussion kam etwas ganz anderes raus, wie unsere Grafik zeigt (Die aufgehellten Balken geben das Ergebnis der ersten Wahl wieder):



Jonas selbst fasste das Ergebnis auf Facebook so zusammen:

1. Die Startvoraussetzungen sind suboptimal (14% für die SPD bei den Schülern bei einer Umfrage im Vorfeld).

2. Jungen Menschen ist ein starkes Europa wichtig, sie wollen in einem Land mit mehr Gerechtigkeit leben und wollen sich nicht von Terroristen die Freiheit nehmen lassen.

3. Angst als Wahlkampfhilfe zieht nicht! (AfD vorher 4% danach 2% und CDU vorher 30% danach 21%)

4. In der Umfrage nach der Podiumsdiskussion hat die SPD mit 35% die Wahl gewonnen. Das motiviert mich!

5. Lasst einfach nur die Schüler vom MGM am 24.9. wählen.



Dem stimmen wir sehr gerne zu.

Oswald Prucker

JONAS IM NETZ

Homepage:
www.jonashoffmann2017.de

Facebook:
facebook.com/jonashoffmann2017

Instagram:
instagram.com/jonashoffmann2017

Prima Klima? Nur mit uns.

RITA

SCHWARZELÜHR-SUTTER

MdB, Parlamentarische Staatssekretärin

”

Während sich manche Abgeordnete der CDU nach einer Klimapolitik à la Trump sehnen, betreiben wir aktiven Klimaschutz.

Denn unsere Kinder haben das Recht auf einen lebenswerten Planeten.

“

Für Sie im Bundestag. 



WIR IM NETZ

Aktueller als in diesem Newsletter sind wir im Netz. Man könnte auch sagen: Dieser Mitgliederbrief ist die ausgedruckte Webseite.

Kommt regelmäßig auf unsere [Homepage](#) oder auf unsere Facebookseite [Rot-wild im Schwarz-wald](#).



IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke
Merzhauser Straße 4
79110 Freiburg

Redaktion:
Oswald Prucker
Birte Könnecke

Mail:
redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de

Markt der alternativen Antriebssysteme

Deutschland wird seine Klimaschutzziele bis 2020 krachend verfehlen. Zum Basisjahr 1990 sollen 40% CO₂ eingespart werden. Seit 2009 dümpelt der CO₂-Ausstoß bei ca. 800 Mio to/Jahr, das entspricht einer Einsparung um ca. 20%. In den letzten 8 Jahren konnte keine nennenswerte Einsparung realisiert werden. Es verbleiben noch 3,5 Jahre um weitere 20%, rund 200 Mio to CO₂, einzusparen. Das ist nicht mehr erreichbar und damit die schlechte Nachricht.

Die gute Nachricht ist, dass wir wissen, wie man sie erreichen könnte. Durch konsequenten und schnellen Ausbau der regenerativen Energien und damit Abkehr von allen Formen der kohlenstoffbasierten Energienutzung. Es soll noch zwei weitere Möglichkeiten zur CO₂-Einsparung geben, Energiesparen und Energieeffizienz. Energieeffizienz ist tatsächlich vorhanden, leider wird sie durch steigenden Komfort in allen Lebensbereichen aufgefressen und damit findet auch keine Energieeinsparung statt. Der Primärenergieverbrauch in Deutschland ist von rund 4.100 Mrd. kWh in 1990 gerade einmal auf 3.700 Mrd. kWh in 2016 gefallen, also um knapp 10%. Betrachtet man die einzelnen Sektoren im gleichen Zeitraum zeichnet sich ein differenziertes Bild. Während Gewerbe,

Handel und Dienstleistungen ihren Verbrauch um 20%, die Industrie um 10% und die Haushalte um 4% mindern konnten, stieg der Energieverbrauch im Verkehrsbereich um 10%.

Das ist einer der Gründe, warum der SPD-Ortsverein Dreisamtal einen Marktplatz alternativer Antriebssysteme in Kirchzarten organisieren wird. Klimaschutz ist kein Selbstzweck, sondern sichert die Lebensgrundlagen für alle nachkommenden Generationen.



Gibt es eine größere Motivation an diesem Ziel zu arbeiten?

Ohne Änderungen wird das natürlich nicht funktionieren. Dabei wissen wir alle, wie schwer es fällt lieb gewonnene Gewohnheiten abzulegen. Klassisches Beispiel ist die Frage nach der Reichweite von E-Autos. Tatsächlich fährt der durchschnittliche Autofahrer nur wenige Fahrten im Jahr über der Reichweite heutiger E-Autos (ca. 200-300 km). Die durchschnittliche tägliche Wegstrecke zur

Arbeit, soweit mit dem PKW zurückgelegt, liegt unter 20 km. Das heißt für die große Mehrheit der Fahrten kann die Reichweite von E-Autos eigentlich kein Ausschlussargument sein. Allerdings müsste man bei den wenigen langen Fahrten im Jahr tatsächlich eine Alternative suchen ...

Unser Markt geht allerdings über das reine Thema E-Auto hinaus. Zusammen mit unseren Ausstellern möchten wir die gesamte Bandbreite alternativer individueller Mobilitätssysteme vorstellen, vom Lastenfahrrad über E-Roller, E-Motorräder, Brennstoffzellen- und E-Autos bis natürlich auch zum Car-Sharing. Anwesende Energieversorger werden über das Thema Strombezug in allen Facetten zum Thema berichten. Lediglich das E-Bike haben wir ausgenommen. Aus unserer Sicht eine ökologische Erfolgsgeschichte und damit zum Selbstläufer geworden.

Uns ist durchaus bewusst, dass das E-Auto momentan noch sehr teuer ist und damit nicht für alle eine echte Alternative. Wir möchten deshalb natürlich auch die Frage anstoßen, welches Mobilitätssystem möchte/kann ich verwenden. Wunderbar wäre eine Kaskadenentscheidung, zu Fuß - Fahrrad - Öffentl. Verkehr - Auto. Dass man bei den ersten beiden Formen auch noch etwas für die Gesundheit tut, ist eine Banalität, aber von nicht zu unterschätzender Wirkung, physisch und psychisch.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unseren Markt der alternativen Antriebssysteme in der Fußgängerzone in Kirchzarten am

Samstag, 15. Juli von 10:30 bis 14:00 Uhr besuchen und vielleicht den ein oder anderen Informationsgewinn mit nach Hause nehmen können.

Markus Millen

Der größte Steuer- raub aller Zeiten



Zeit, Zeit online und Panorama haben diesen Skandal aufgedeckt, der irgendwie von niemandem wahrgenommen wird. Insgesamt haben Steuerräuber in Nadelstreifen den Staat um 31 Mrd. Euro erleichtert. **Davon könnte man fast neun Jahre lang kostenlose Kita für alle finanzieren.**

Der Satz im Bild – zitiert aus dem Zeit-Artikel dazu – macht klar: Umverteilung tut Not.

Oswald Prucker